Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2619

Schriftlicher Bericht

des Finanzausschusses
(14. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der FDP

— Drucksache V/2193 —

betr. Erhöhung der Brennrechte bei Kartoffeln

A. Bericht des Abgeordneten Ahrens (Salzgitter)

Der Antrag wurde vom Plenum des Deutschen Bundestages in der 134. Sitzung am 15. November 1967 an den Finanzausschuß federführend, an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitberatend sowie an den Haushaltsausschuß gemäß § 96 der Geschäftsordnung überwiesen.

Der mitbeteiligte Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag am 16. November 1967 beraten; der Finanzausschuß hat die Vorlage am 29. November 1967 behandelt.

Der mitbeteiligte Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Wunsch der Antragsteller, durch eine Erhöhung der Brennrechte für Kartoffeln den Ernteüberschuß des Jahres 1967 abzubauen, unterstützt.

Der Finanzausschuß hielt es ebenfalls für zweckmäßig, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, die die Verwertung der relativ hohen Kartoffelernte des Jahres 1967 fördern könnten. Er überzeugte sich jedoch davon, daß eine Erhöhung der Brennrechte weder notwendig noch aus grundsätzlichen Erwägungen wünschenswert wäre.

Das Bundesministerium der Finanzen hat bereits zugelassen, daß landwirtschaftliche Brennereien außerhalb ihres Brennrechts je 1000 t Kartoffeln als Überbrand zu einem wirtschaftlich interessanten Preis verarbeiten dürfen. Damit hat nach Ansicht der Mehrheit des Finanzausschusses die Bundesregierung die auf dem Gebiet des Branntweinmonopols möglichen Maßnahmen zugunsten der Kartoffelanbauer schon getroffen; der Antrag sei daher als erledigt anzusehen und abzulehnen.

Bonn, den 23. Februar 1968

Ahrens (Salzgitter)
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache V/2193 — abzulehnen.

Bonn, den 23. Februar 1968

Der Finanzausschuß

Dr. Schmidt (Wuppertal)	**Ahrens (Salzgitter)**
Vorsitzender	Berichterstatter